

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Kathrin Vogler, Dr. Martina Bunge, Klaus Ernst, Katja Kipping, Jutta Krellmann, Yvonne Ploetz, Kathrin Senger-Schäfer, Harald Weinberg, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Versorgungsengpässe bei Arzneimitteln**

Die „Frankfurter Rundschau“ berichtete am 11. Juni 2012 von Versorgungsengpässen bei wichtigen Arzneimitteln in deutschen Kliniken. Diese müssten sich häufig mit kontingentierten Lieferungen zufriedengeben oder auf Mittel der zweiten Wahl zurückgreifen. Nicht selten würden Zwischenhändler und Importeure mit überhöhten Preisen die Situation ausnutzen.

Die Arzneimittelpreisverordnung gilt in Krankenhäusern nicht. Stattdessen werden die Preise mit den Herstellern oder Händlern frei ausgehandelt. Der Arzneimittelgroßhandel hat ebenso wie die Apotheken in Deutschland einen gesetzlichen Versorgungsauftrag. Laut einem weiteren Bericht der „Frankfurter Rundschau“ vom 12. Juni 2012 ist nach Auffassung des Bundesministeriums für Gesundheit auch die Pharmaindustrie gesetzlich verpflichtet, die in Deutschland vertriebenen Arzneimittel kontinuierlich bereitzustellen.

Nach Meldung der „Frankfurter Rundschau“ ist bereits 2011 im Kreise der G8-Beratungen über die Sicherstellung der Arzneimittelversorgung beraten worden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Sind der Bundesregierung die beschriebenen Versorgungsengpässe bekannt?  
Falls ja, welche Arzneimittel sind von Engpässen betroffen, wie häufig treten sie auf, und wie lange dauern sie an?
2. Sind der Bundesregierung ähnliche Probleme aus dem ambulanten Sektor bekannt, bei denen nicht substituierbare Arzneimittel nicht lieferbar sind?
3. Sind der Bundesregierung aus der Vergangenheit vergleichbare Berichte für Deutschland bekannt?  
Hat sie den Eindruck, dass es sich um ein relativ neues oder um ein bekanntes, aber zunehmendes Problem handelt?
4. Welche Ursachen sieht die Bundesregierung für die Versorgungsengpässe?  
Kann sie unterschiedliche Ursachen bei betroffenen Arzneimitteln wie etwa dem im Bericht angesprochenen Aspirin zur parenteralen Applikation oder bei neuen Krebsarzneimitteln erkennen?
5. Sind der Bundesregierung vergleichbare Probleme aus anderen europäischen Staaten bekannt (falls ja, bitte nach Art und Umfang auflisten sowie die jeweiligen Gegenmaßnahmen auführen)?

6. Treten die Lieferengpässe zu den einzelnen Arzneimitteln regelmäßig international gleichzeitig auf?
7. Inwiefern können die entsprechenden Arzneimittel bei Lieferengpässen von den Kliniken importiert werden?
8. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich des beschriebenen Problems in den USA und den dort gewonnenen Erkenntnissen der zuständigen Behörde und staatlichen Handlungsoptionen?
9. Hält die Bundesregierung die in dem Artikel der „Frankfurter Rundschau“ vom 11. Juni 2012 beschriebenen Priorisierungs- und Rationierungsvorgänge in deutschen Kliniken aufgrund von Lieferengpässen für politisch wünschenswert oder akzeptabel (bitte begründen)?
10. Hat die Pharmaindustrie nach Ansicht der Bundesregierung aufgrund der Bedeutung von Arzneimitteln in der Medizin eine besondere Verantwortung in der Gesellschaft?  
Falls ja, wird sie dieser Verantwortung gerecht, wenn einfach herzustellende, haltbare und wichtige Arzneimittel wie Aspirin zur parenteralen Notfallmedikation nicht kontinuierlich verfügbar sind?
11. Lässt sich nach Einschätzung der Bundesregierung in diesem Fall von Marktversagen sprechen?  
Welche grundrechtliche Verpflichtung hat der Staat, für eine sichere Arzneimittelversorgung regulierend einzugreifen?
12. Welche gesetzlichen Regelungen hat die Bundesregierung in ihrer Aussage gegenüber der „Frankfurter Rundschau“ vor Augen, die die Pharmaindustrie zu einer kontinuierlichen Bereitstellung der in Deutschland in den Verkehr gebrachten Arzneimittel verpflichten?  
Ist die Pharmaindustrie aufgrund dieser Regelung verpflichtet, bedarfsorientiert zu produzieren bzw. Arzneimittel verfügbar zu halten, wie es die Aussage des Bundesministeriums suggeriert?
13. Hält die Bundesregierung eine gesetzliche Verpflichtung der Pharmaindustrie, die Behörden frühzeitig über Engpässe zu informieren, rechtlich für möglich?  
Wie beurteilt sie den möglichen Nutzen einer solchen gesetzlichen Verpflichtung der Industrie zur frühzeitigen Information der Behörden über Engpässe, wie sie von US-amerikanischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern geplant ist (vgl. Tages-Anzeiger Zürich, 25. Mai 2012)?
14. Welche weiteren politischen Handlungsoptionen sieht die Bundesregierung, um den beschriebenen Versorgungsengpässen entgegenzuwirken?
15. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um den beschriebenen Versorgungsengpässen entgegenzuwirken?
16. Welche Gründe sprechen nach Ansicht der Bundesregierung für und welche Gründe sprechen gegen einen gesetzlichen Versorgungsauftrag der Pharmaindustrie?  
Wäre es dafür notwendig, die Industrie sozialrechtlich als Leistungserbringer zu definieren, und welche Konsequenzen hätte dies?
17. Ist es richtig, dass der Pharmaindustrie in Österreich ein Sicherstellungsauftrag gegeben wurde?  
Falls ja, welche Auswirkungen hat dieser Gesetzesauftrag?  
Aus welchen Staaten sind der Bundesregierung ähnliche Regelungen bekannt?

18. Könnte die beschriebene Preispolitik von Händlern und Importeuren bei Lieferengpässen des Herstellers verhindert werden, wenn die Arzneimittelpreisverordnung auch im stationären Sektor Anwendung fände?

Plant die Bundesregierung eine entsprechende Gesetzesinitiative?

19. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der im Bericht zitierten Aussage des Bundesverbandes der pharmazeutischen Industrie e. V., dass unwirtschaftliche Erstattungspreise in Deutschland mit ursächlich für die Versorgungsengpässe sind?

Kann die Bundesregierung aufbauend auf die Antwort zu Frage 4 einen Zusammenhang zwischen Erstattungspreisen und Versorgungsengpässen ausmachen?

20. Welche Probleme in der Arzneimittelversorgung sind bei den G8-Beratungen besprochen und welche Lösungsansätze diskutiert worden?

Wie hat sich Deutschland hier positioniert?

Berlin, den 20. Juni 2012

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**

